

Die Verhandlungen werden am 15. Februar fortgesetzt:

Beschäftigungssicherung verbessern!

Die IG Metall hat bei VW einen Zukunfts-Tarifvertrag abgeschlossen, der betriebsbedingte Kündigungen bis zum 31. Dezember 2011 untersagt. Die IG Metall will diese Beschäftigungssicherung frühzeitig verlängern. In der letzten Tarifrunde wurde vereinbart, mit den Verhandlungen schon Anfang 2010 zu beginnen. Am 27. Januar tagte die Tarifkommission und stellte die Weichen für die Verhandlungen. Am 4. Februar fand die erste Verhandlung statt.

Klar ist: Bis 31. Dezember 2011 sind die rund 90 000 Beschäftigten der sechs westdeutschen VW-Standorte abgesichert: Es darf ihnen nicht betriebsbedingt gekündigt werden. Doch zum Tarifabschluss vom 28. September gehört auch die Zusage von VW, schon jetzt über eine Verlängerung dieser Beschäftigungssicherung zu verhandeln.

„Die von VW erwarteten deutlichen Produktivitätssteigerungen und die Absicherung der Belegschaften gehören zusammen“, sagte Bezirksleiter Hartmut Meine, der Verhandlungsführer der IG Metall. In der zweistündigen Verhandlung

machte die Kleine Verhandlungskommission der IG Metall ihre Ziele deutlich:

► Verlängerung des Zukunfts-Tarifvertrages mit Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 31. Dezember 2014.

► Verhandlungsverpflichtung über Produkte und Komponenten zur Auslastung der Standorte ab 2012.

► Verlängerung der Ausbildungsplatzzusage von 1250 Plätzen und der Übernahmeregulierung über 2011 hinaus bis Dezember 2014.

► Verlängerung und Erhöhung des Innovationsfonds von bisher 20 Millionen Euro auch für neue

Beschäftigungsfelder an den Standorten.

► Erste Verhandlungen im ersten Halbjahr 2010 zum Thema Demografischer Wandel.

Die IG Metall will bei der Beschäftigungssicherung neben den sechs Werken im Haustarifvertrag in Wolfsburg, Kassel, Hannover, Emden, Salzgitter und Braunschweig auch die VW Financial Services mit Sitz in Braunschweig und die drei sächsischen Werke in Zwickau, Chemnitz und Dresden mit einbeziehen.

Die Verhandlungen werden am 15. Februar fortgesetzt.



Die IG Metall fordert eine Jobgarantie bis Ende 2014: Produktivität und Absicherung gehören zusammen

Auf der Rückseite: Was passiert in der Metallindustrie?

Kommentar

Wir wollen Sicherheit für die nächsten fünf Jahre

VW schlägt sich besser in der Krise als die Konkurrenz. Doch die Ziele sind ehrgeizig: Das Unternehmen will weltweit Nummer 1 werden. Die Erwartungen an die Belegschaften sind demnach hoch. Auf allen Feldern werden deutliche Produktivitätssteigerungen erwartet. Das gilt nicht nur für die Fabriken, sondern auch für die Verwaltung, den Vertrieb und die Entwicklung. Schon jetzt ist der Einsatz der Beschäftigten auf enorm hohem Niveau. Die IG Metall hat nichts gegen die ständige Optimierung der Prozesse. Aber das Geld muss stimmen. Und die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Aus diesem Grund halten wir eine Verbesserung der Beschäftigungssicherung für notwendig. Die Beschäftigungssicherung für insgesamt fünf Jahre (also drei weitere Jahre) ist dringend erforderlich. Bisher hat VW für Beschäftigungssicherung immer einen Arbeitnehmerbeitrag gefordert. Diesmal wird es keinen Arbeitnehmerbeitrag geben. Denn Produktivitätssteigerungen und Beschäftigungssicherung gehören zusammen.

Hartmut Meine, Bezirksleiter des IG Metall-Bezirks Niedersachsen und Sachsen-Anhalt

Kommentar

Den Kopf freimachen für den Job mit ganzem Einsatz

Wir wollen Sicherheit für die Arbeitsplätze unserer Kolleginnen und Kollegen erreichen. Mindestens bis 2014, weil soweit auch die aktuelle Planungsrunde des Vorstands reicht. Die Beschäftigungssicherung ist für unsere Kolleginnen und Kollegen ein wichtiger Faktor, um sich auch weiterhin mit ganzer Kraft auf die Herausforderungen des Wettbewerbs konzentrieren zu können. Denn wer die Sicherheit hat, dass er seinen Arbeitsplatz auch morgen noch behält, der hat den Kopf dafür frei, seinen Job mit ganzem Einsatz zu erledigen. Deshalb ist die Beschäftigungssicherung nicht nur im Interesse der Arbeitnehmer, sondern auch im Interesse des Unternehmens. Wir wollen gemeinsam den eingeschlagenen Erfolgskurs fortsetzen, um Beschäftigung und Wirtschaftlichkeit weiter voran zu bringen. Dass Beschäftigungssicherung auch bei erfolgreichen Unternehmen notwendig ist, zeigt die Schließung des Nokia-Werkes in Bochum. Da wurde eine anständige Rendite erwirtschaftet und trotzdem wurde der Standort einfach geschlossen.

Bernd Osterloh, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Volkswagen AG

Was passiert in der Metallindustrie?

In der Metallindustrie sind in diesem Jahr rund 700 000 Jobs gefährdet. Dank Kurzarbeit konnte die große Kündigungswelle deshalb vermieden werden. Deshalb sondiert die IG Metall im Vorfeld der Tarifrunde 2010 in regionalen Sondierungsgesprächen mit den Arbeitgebern, ob ein Pakt zur Beschäftigungssicherung möglich ist.

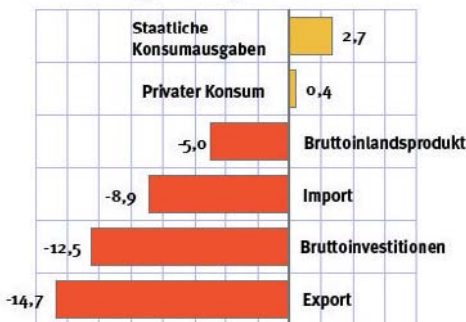
Die deutsche Wirtschaft ist 2009 so stark abgestürzt wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg: Fünf Prozent Minus beim Bruttoinlandsprodukt, fast 15 Prozent Rückgang beim Export. Massiv

sind die Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie betroffen: 2009 sind Produktion und Umsatz um ein Viertel eingebrochen. Gebremst wurde dieser Absturz durch den Konsum. Hier hat vor allem die Abwrackprämie dafür gesorgt, dass der private Konsum im Plusbereich blieb (siehe Grafik unten links). Es gibt noch keinen Grund zur Entwarnung. Immer noch liegen die Auftragseingänge in der Metallbranche deutlich unter Vorjahresniveau. Die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie sind am stärksten von Kurzarbeit betroffen. Allein hier wurden

dadurch mindestens 230 000 Arbeitsplätze gesichert (siehe Grafik rechts unten). Um Entlassungen auch 2010 zu vermeiden, hat die IG Metall den Arbeitgebern in den regionalen Sondierungsgesprächen einen Maßnahmenkatalog vorgelegt. Die Vorschläge der IG Metall sehen vor, das Mittel der Kurzarbeit auch 2010 umfänglich auszu-schöpfen: Betriebe, die vor 2010 damit begonnen haben, können 24 Monate kurzarbeiten. Seit Januar ist Kurzarbeit nur noch für 18 Monate möglich. Damit bleibt Kurzarbeit das wichtigste Mittel,

ohne Entlassungen die Krise weiter zu durchstehen. Falls das nicht ausreichen sollte, können die Unternehmen den Tarifvertrag Beschäftigungssicherung anwenden. Damit kann die Arbeitszeit für eine bestimmte Zeit ohne Entgeltausgleich auf 29 Stunden die Woche abgesenkt werden: Dafür sind für diesen Zeitraum betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen. Falls auch das nicht reichen sollte, könnte die Arbeitszeit auf 25 Stunden die Woche gekürzt werden, wenn ein Entgeltausgleich von 50 Prozent gezahlt wird. Die Beschäftigten würden dann rund 82 Prozent ihres Nettoverdienstes erhalten und eine Beschäftigungsgarantie erhalten. Weiter fordert die IG Metall unter anderem, die Übernahme der Azubis von den laut Tarifvertrag zugesicherten zwölf Monaten auf 24 Monate zu strecken. Am 9. Februar hat der Vorstand der IG Metall entschieden, dass die Sondierungsgespräche in konkrete Verhandlungen umgewandelt werden und damit die Tarifrunde 2010 vorgezogen wird.

Konjunktorentwicklung 2009 Veränderung zum Vorjahr in Prozent



Arbeitsplätze unter Druck

Die Folgen der Krise in der Metall- und Elektroindustrie im Jahr 2009.



*monatliche Durchschnittszahl, errechnet aus Januar bis September 2009
**von Oktober 2008 bis Oktober 2009 in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten, ohne die rund 200 000 Leiharbeiter
Quelle: Bundesagentur für Arbeit / Statistisches Bundesamt

© | direkt | 2009